

- es gilt das gesprochene Wort –

**40 Jahre Forschung für die Presse:
Die Stiftervereinigung der Presse e.V.**

Rede des Vorstandsvorsitzenden Rainer von Schilling
anlässlich des 40-jährigen Jubiläums am 26. Juni 2006 in Berlin

Wer in eine der großen Suchmaschinen das Stichwort "Stiftervereinigung der Presse" eingibt, erfährt auf Anhieb viel über die Publikationen, Gutachten und Forschungsprojekte, die mit ihrem Namen verbunden sind. Das sehen wir mit Genugtuung, das macht uns stolz. Man erfährt allerdings nur wenig über die Intentionen, die vor 40 Jahren, am 29. April 1966, zur Gründung der Stiftervereinigung führten. Deshalb erlauben Sie mir zu Beginn dieser Jubiläumsveranstaltung einen kleinen historischen Exkurs in die Mitte des vergangenen Jahrhunderts.

Das Verhältnis von Wissenschaft und publizistischer Praxis war, zumal in Deutschland, nicht immer im Lot. Konkreter ausgedrückt: Obwohl die Tageszeitung das Produkt eines Spannungsdreieckes aus geistigen, wirtschaftlichen und technischen Kräften ist und nur so täglich neu entsteht, arbeiteten diese "Kräfte" lange isoliert nebeneinander her. Es leuchtete zwar, erinnerte sich der unvergessene Gründungsvorsitzende, Professor Johannes Binkowski, hier und dort ein Feuerchen des Verstehens und der Gemeinsamkeit zwischen Presseleuten und Wissenschaftlern auf. Aber das

Flämmchen ist dann ziemlich schnell erloschen. Erst das Aufkommen neuer Fragestellungen, neuer Herausforderungen, etwa durch die sogenannten neuen Medien, das Problem der "inneren Pressefreiheit" oder die Bildungs- und Ausbildungsförderung, hat Praxis und Wissenschaft einander näher gebracht.

Es begann, wenn man so will, eine neue Ära in den Beziehungen zwischen Verlegern und Hochschulen. Zum beiderseitigen Vorteil. Und die Zeit war auch reif für diese Kooperation. Der Praktiker bedurfte für sein zweckrationales Handeln der Absicherung durch beweisbare Ergebnisse und der Wissenschaftler, der sich mit dem so schnell wandelnden Kommunikationsprozeß befaßt, ist auf den aufgeschlossenen Praktiker angewiesen.

Und in dieser Phase des Zusammenrückens entstand, initiiert vom Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) und quasi als Nachfolgerin seines Ausschusses "Publizistik und Wissenschaft", die Stiftervereinigung der Presse als "gemeinnütziger Verein zur Förderung der Forschungs- und Bildungsarbeit auf dem Gebiet der Presse". Ihm gehören Verbände, Verlage und Einzelpersonen an, die sich in einem Kuratorium mit Vertretern der Wissenschaft zusammenfinden.

Lassen Sie mich nur einige Persönlichkeiten nennen, die sich neben vielen anderen schon in der Anfangszeit um die Stiftervereinigung verdient gemacht haben. Johannes Binkowski erwähnte ich schon. Ich nenne weiter Frau Professor

Noelle-Neumann, die Professoren Bringmann, Kieslich, Koszyk, Prakke, Ronneberger, Roegele und Wildenmann. Und von Anfang an spiegelte die Stiftervereinigung die Einheit der Branche: Zeitungen, Zeitschriften, Verleger und Journalisten. Partnerschaftliche Zusammenarbeit wurde hier schon zu einer Zeit praktiziert, als die Standpunkte und Interessen von Verlegern und Redakteuren weit auseinander gingen.

Die Gründungssatzung wird von einem Text begleitet, der auch nach vier Jahrzehnten aktuell ist: "Es geht der deutschen Presse bei der Stiftervereinigung um die Lösung von Aufgaben, die für Staat und Gesellschaft von großer Bedeutung sind. Wenn die Presse eine besondere Funktion in der Demokratie besitzt, dann kommt alles, was einer zeitgemäßen Presse dient, auch der Öffentlichkeit zugute." Damit ist gesagt: Diese Vereinigung läßt sich nicht von partikularen Brancheninteressen leiten, so wichtig deren Vertretung natürlich auch ist. Es geht ihr um eine wohlüberlegte Interessenverschränkung zugunsten des auf sachgerechte Information und Meinungsbildung angewiesenen Staatsbürgers. Auf die aktuelle Situation angewandt heißt das: Die Stiftervereinigung leistet ihren fachlichen Beitrag zur Qualitätsdebatte und Qualitätsoffensive der Zeitungen und Zeitschriften. Es geht um "Zukunftswissen" für das gedruckte Wort.

Bezeichnenderweise - wer erinnert sich noch daran? - betraf das erste große Forschungsprojekt der Stiftervereinigung die Frage, wie sich das 1967 eingeführte Farbfernsehen auf die Zeitungslektüre auswirken werde, und ob der Presse geraten

werden müsse, ebenfalls auf Farbe umzustellen. Professor Noelle-Neumann hat die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit auf der BDZV-Jahrestagung 1968 in Berlin vorgetragen. Es wurden wichtige Impulse für die Verbesserung des Produkts "Zeitung" gegeben. Das ist deutsche Pressegeschichte, von der Stiftervereinigung mitgeschrieben.

Die Untersuchungen zur "Berufszufriedenheit der Journalisten" und die "Umfragen zur inneren Pressefreiheit" in den medienpolitisch unruhigen 1970er Jahren haben wesentlich zur Versachlichung der streckenweise ideologisch aufgeladenen Debatten über Konzentrationstendenzen und lokaler Pressemonopole wie zur Klärung der Begrifflichkeiten beigetragen - etwa der "öffentlichen Aufgabe der Presse".

Erinnern wir uns: Es war die Zeit der "Medienpapiere"; Parteien, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Gruppen überboten sich mit Vorschlägen und Konzepten zur Bewahrung der Presse- und Meinungsvielfalt. Angriffe auf die privatwirtschaftliche Struktur der Presse waren an der Tagesordnung. Die publizistische Rolle des Verlegers wurde in Zweifel gezogen. Ideologischem Eiferertum konnte deshalb nur mit klarem wissenschaftlichen Sachverstand begegnet werden. Die Stiftervereinigung der Presse hat sich dieser Aufgabe gestellt. Die kommunikative Bedeutung des Verlegers wird heute auch in der juristischen Fachliteratur wieder stärker gewürdigt.

In jüngerer Zeit hat u. a. das sogenannte Kloepfer-Rechtsgutachten "Innere Pressefreiheit" und Tendenzschutz im

Lichte des Artikels 10 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten" den Verlagen und der Politik wichtiges Argumentationsmaterial an die Hand gegeben. Das gleiche gilt für das Rechtsgutachten "Europäische Gemeinschaft und Medienvielfalt" von Professor Ress und Dr. Bröhmer - wie überhaupt die Stiftervereinigung schon sehr früh über den deutschen Zaun hinüber in die EU geschaut hat.

Wie notwendig das ist, zeigt folgendes Beispiel: Als die Europäische Grundrechtscharta konzipiert wurde, dachte keiner daran, die Pressefreiheit darin zu verankern. Erst auf Einwirkung des Rechtsgutachtens "Die Europäische Grundrechtscharta und die Presse" von Prof. Dr. Christoph Engel, wurde – was selbstverständlich sein müsste! - die Medienfreiheit in das Regelwerk aufgenommen . Und schließlich möchte ich auch auf das Gutachten von Prof. Dr. Kohl über die rechtliche Bewertung redaktionell gestalteter Gratiszeitungen hinweisen - ein Thema, das sicherlich nicht zum letzten Mal traktiert worden ist.

Auch die empirische Forschung wird von der Stiftervereinigung seit jeher bemüht und angeregt: Zuletzt – vor gut zwei Jahren - ermittelte eine Verlagsbefragung erfolgreiche Methoden in der Leserschaftsforschung in Zeitungshäusern. Wegweisend war auch die Allensbacher Untersuchung "Zeitung und Internet 2002" – eine Studie, die die Nutzung von Zeitung und Internet erstmals vergleichend untersucht hatte. Hieraus konnten die Verlage konkrete Entscheidungshilfen für die Gestaltung und

Vermarktung von Online-Angeboten ziehen. Beide Studien sind in eigenen Forschungsberichten dokumentiert.

Und heute – ganz aktuell – beschäftigt sich die Stiftervereinigung wieder mit der EU. Sorge bereitet uns die Europäische Richtlinie zur „Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsdaten“. „Hände weg von der Presse!“ möchte man rufen, wenn man liest, dass alle E-Mails, Telefondaten und SMS sechs Monate lang gespeichert werden sollen. Wo bleibt da das Redaktionsgeheimnis, der Informantenschutz, letztlich die Pressefreiheit? Dass diese Rechtsgüter nicht weggeregelt werden, möge ein juristisches, ein datenschutzrechtliches Gutachten verhindern, das wir gemeinsam mit den Presseverbänden BDZV und VDZ in Auftrag geben.

Die Stiftervereinigung hat sich seit ihrer Gründung als kleiner, bescheidener, aber um hohe Professionalität bemühter Dienstleister für das Print-Produkt verstanden. Wie in den meisten Berufen unserer hochentwickelten Wirtschaft ist auch für die journalistische und verlegerische Tätigkeit die Umschlagsdauer des beruflichen Wissens immer kürzer geworden. Diesen Wissensfundus auf jeweils aktuellem Stand zu halten - darum geht es der Stiftervereinigung auch im fünften Jahrzehnt. Alles unter der Fragestellung: Was dient einer zeitgemäßen freien Presse?

Die "Medienpapiere" sind Vergangenheit. Das Duale System in Rundfunk und Fernsehen, an dem auch die Presse ihren

Anteil hat, ist unangefochten. Aber wir haben es heute nicht nur mit technologischen Veränderungen zu tun, sondern auch mit soziologischen. Im Internet entsteht eine Bewegung, die unsere tradierte Vorstellung von Öffentlichkeit nachhaltig verändern wird. Damit werden wir uns in den nächsten Jahren auch in der Stiftervereinigung auseinanderzusetzen haben.

Und das Hauptproblem ist geblieben: Freiheit. Auch in einer demokratischen Verfassungsordnung besteht zwischen den Institutionen des Staates und der Presse ein natürliches Spannungsverhältnis. Journalismus ist seiner Natur nach ein öffentlicher Unruheherd. Er singt nicht das Wiegenlied für den Schlaf der Gerechten. Er leuchtet vielmehr durch hartnäckiges Fragen in die Dunkelkammern. Und erst durch Fragen - nicht durch schnelle, vermeintlich perfekte Antworten - kommt der für eine demokratische Gesellschaft wichtige Diskurs in Gang.

Mit diesem Spannungsverhältnis, von dem ich eben sprach, wird sich unser Symposium beschäftigen. Die vergangenen Monate haben die Stichworte für diese Diskussion geliefert: Häufung von Redaktionsdurchsuchungen, Beschlagnahme von journalistischem Material durch Staatsanwaltschaften, versteckte oder auch offene Angriffe auf die Informationsfreiheit. Wir danken dem Herrn Bundesinnenminister, daß er zu unserer Jubiläumsfeier gekommen ist. Ihr Amtsvorgänger, Herr Dr. Schäuble, hat vor etwa einem Jahr hier in Berlin Aussagen gemacht, die bei Verlegern und Journalisten den Eindruck aufkommen ließen, er

nehme die Freiheit der Presse nicht mehr Ernst. Wir sind gespannt auf Ihre Position.

Unsere Position als Stiftervereinigung und als Vertreter der Presse, egal ob Verleger oder Journalist, ist klar: Wir müssen den Kampf gegen jede Beschränkung unserer Freiheit aufnehmen. Denn mit der Pressefreiheit wird die Freiheit des Bürgers verteidigt. Nach wie vor kommt es darauf an, Gegengewichte gegen die Omnipotenz der Apparate zu schaffen.

Das Wort hat jetzt der Herr Bundesminister des Inneren!